

Niederschrift
Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Verkehr
DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
DER UNIVERSITÄTSSTADT MARBURG

Sitzungstermin:	Dienstag, 22.05.2007
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:22 Uhr
Ort, Raum:	35037 Marburg, Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt

Anwesenheit:

Frau Ackermann, Barbara	CDU	
Herr Backes, Björn	SPD	
Herr Prof.Dr. Dingeldein, Heinrich	FDP	
Herr Markus, Jürgen	B 90 / Die Grünen	in Vertretung für Frau Dr. Bau- mann
Herr Metz, Peter	Marburger Linke	
Herr Dr. Musket, Ralf	SPD	
Frau Schaffner, Karin	CDU	
Herr Scherer, August	CDU	
Frau Sell, Sonja	SPD	
Frau Dr. Therre-Staal, Elke	B90/Die Grünen	
Herr Weidemann, Gerald	SPD	in Vertretung für Frau Böttcher

Anwesend waren

vom Magistrat:	Herr Oberbürgermeister Vaupel Herr Bürgermeister Dr. Kahle
von der Verwaltung:	Herr Rau – Stadtwerke Marburg Consult Herr Friedrich – Geschäftsstelle des Ausschusses
als Gäste für die Agenda-AGs:	Frau de la Motte – AG Verkehr Herr Haberle – AG Nachhaltige Stadtteilentwicklung Herr Schumacher – AG Verkehr Herr Weiss – AG Ökologie
weitere Gäste	Herr Hitzeroth – Oberhessische Presse Herr Stadtverordneter Dr. Uchtmann – MBL sowie 2 weitere Zuhörer

Der stellvertretende Vorsitzende, der Stadtverordnete Dr. Musket, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen Form und Frist der Einladung erheben sich keine Bedenken.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.04.2007

Die Sitzungsniederschrift wird einstimmig angenommen.

**TOP 2 Bericht(e) aus den Arbeitsgruppen zur Lokalen Agenda 21
AG Nachhaltige Stadtteilentwicklung und AG Ökologie**

Der Sprecher der AG, Herr Haberle, entschuldigt Frau Dr. Ackermann (AG Ökologie) und führt aus, dass beide AG´s sich mit der Lahnstudie beschäftigen. Von beiden AG´s wird der geplante Rückbau der Parkplätze an der Lahn und die damit verbundene Aufwertung der Qualität für die Ökologie und Freizeitnutzung positiv bewertet.

AG Energie

der nächste Termin dieser Arbeitsgruppe ist am 31. Mai um 19:00 Uhr im Raum 2 des Rathauses.

AG Verkehr

für diese AG berichtet die Sprecherin, Frau de la Motte. Die AG habe sich am 10. Mai getroffen und das Agendaforum von Februar 2006 aufgearbeitet. Die damals gemachten Zusagen seien vielfach nicht erfüllt worden. Beispiel: Verkehrsberuhigung vor Schulen.

Aktuell beschäftigt sich die AG zudem mit den Auswirkungen durch die geplanten Baumaßnahmen in der Universitätsstraße.

In der letzten Sitzung des Ausschusses war über mögliche Sicherungsmaßnahmen für die Abwendung von Gefährdungen für Radfahrer an Kreuzungen gesprochen worden. Anlässlich des tragischen Unfalls einer Radfahrerin an der Zeppelinstraße sollte an dieser Kreuzung ein Ortstermin mit der Straßenverkehrsbehörde stattfinden. Oberbürgermeister Vaupel berichtet hierzu, dass dieser Ortstermin mit einem Experten des ASV stattgefunden habe – eine Bewertung der Gefährdungslage sowie Vorschläge für eventuelle Sicherungsmaßnahmen lägen ihm noch nicht vor.

**TOP 3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. EU-Verordnung für öffentliche
Personenverkehrsdienste
Vorlage: VO/1290/2007**

Für seine Fraktion begründet der Stadtverordnete Metz den Antrag.

Inhaltlich nehmen Oberbürgermeister Vaupel, Bürgermeister Dr. Kahle und Herr Rau – Stadtwerke Marburg Consult - Stellung. Noch sei die im Antrag angesprochene EU-Verordnung nicht abschließend beschlossen, wie diese in nationales Recht umgesetzt werde sei derzeit nicht absehbar. Die von Christoph Rau mitgebrachte aktuelle Pressemitteilung zum EU Beschluss soll dem Protokoll beigelegt werden.

Die antragstellende Fraktion ändert nach der inhaltlichen Diskussion den Antrags-text wie folgt ab:

„Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt zusammen mit den Stadtwerken der Stadt Marburg den vom EU-Ministerrat ausgehandelten Kompromiss über eine Verordnung für öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (EU-Kom 319/2005) dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr inhaltlich zu erläutern und die voraussichtlichen Auswirkungen darzustellen, sowie eine Antwort des hessischen Wirtschaftsministeriums dazu vorliegt.“

Der so geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

**TOP 4 Antrag der MBL-Fraktion betr. Errichtung einer Biogasanlage
Vorlage: VO/1278/2007**

Der Stadtverordnete Uchtmann begründet den Antrag für die MBL-Fraktion.

Bürgermeister Dr. Kahle führt hierzu aus, dass der in der letzten Sitzung beschlossene Antragstext den Sachverhalt tatsächlich nicht korrekt beschreibe. Der damalige Antrag bezog sich nicht auf das Heizkraftwerk sondern auf das Müllheizkraftwerk mit angrenzendem Kohlebunker. Die Stadt und die Stadtwerke Marburg haben daher den Antrag in diesem Sinne interpretiert und befinden sich derzeit in Abstimmungsgesprächen mit der Universität.

Nach kontroverser Diskussion über das weitere Vorgehen wird von dem Stadtverordnetem Prof. Dr. Dingeldein folgender Verfahrensvorschlag eingebracht:

Der Antrag solle zur Ablehnung empfohlen und gleichzeitig zur Aussprache angemeldet werden.

In der Stadtverordnetenversammlung würde dann der Vorsitzende des Ausschusses den Diskussionsstand wiedergeben und der Antragsteller hätte Gelegenheit zur Aussprache. Danach könnte der Antrag formal vom Antragsteller zurückgezogen werden.

Diesem Vorschlag stimmt der Stadtverordnete Uchtmann zu.

Der Vorsitzende stellt deshalb den unveränderten Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 9 Nein- Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU) bei 2 Enthaltungen (ML, FDP) zur Ablehnung empfohlen.

Aussprache wird angemeldet.

**TOP 5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Umsetzung der Sperrung der
Barfüßerstraße für den Autoverkehr an Samstagen
Vorlage: VO/1284/2007**

Der Stadtverordnete Metz begründet den Antrag seiner Fraktion. In der Sache sei der Antrag nicht neu – umgesetzt sei die Straßensperrung trotz des Beschlusses von 2002 noch nicht.

Hierzu führt Oberbürgermeister Vaupel aus, dass eine vollständige Schließung der Barfüßerstraße schwierig umzusetzen sei – zu viele Ausnahmegenehmigungen müssten ausgestellt werden. Aktuell werde an den Wochenenden verstärkt kontrolliert – dies habe zu einer deutlichen Reduzierung der Durchfahrten geführt.

In der sich anschließenden Diskussion wird eine konsequente Sperrung der Barfüßerstraße allgemein begrüßt.

Der Antrag wird mit 10 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, ML) bei 1 Enthaltung (FDP) zur Annahme empfohlen.

TOP 6 Antrag der CDU-Fraktion betr. Saubere Stadt

Vorlage: VO/1352/2007

Die Stadtverordnete Schaffner begründet den Antrag ihrer Fraktion. Der Antrag selbst sei nicht neu – nur habe sich die Sauberkeit im Stadtgebiet nicht erhöht. Deshalb werde dieses Thema wieder aufgegriffen.

Oberbürgermeister Vaupel führt aus, dass der Magistrat den Nachtragshaushalt für 2007 beschlossen habe und diesen in die Stadtverordnetenversammlung einbringen wolle. Hierin seien für Maßnahmen zur Erhöhung der Sauberkeit in Marburg insgesamt zusätzlich 170.000 € für das laufende Haushaltsjahr aufgeführt.

Der Stadtverordnete Markus regt an, für die Verschmutzung der Umwelt künftig ein Bußgeld wie in Frankfurt und anderen Städten zu verhängen. Alleine durch die Androhung von Geldstrafen sei eine Sensibilisierung und Reduzierung der illegalen Abfallentsorgungen möglich.

In der sich anschließenden Diskussion wird auch auf die zunehmende Verschmutzung des Lahnvorlandes hingewiesen.

Abhilfemaßnahmen für die Umwelt- und Stadtverschmutzung – wie häufigere Kontrollen, die Möglichkeit zur Verhängung von Bußgeldern, größere Abfallsammelgefäße und häufigere Entleerungsintervalle werden diskutiert.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses fragt an, ob mit der von Oberbürgermeister Vaupel vorgestellten Mittelanmeldung im Nachtragshaushalt der Antrag als erledigt gelten könne. Dies wird von der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

Der stellvertretende Vorsitzende stellt deshalb den Antrag zur Abstimmung.

Der Antrag wird mit 4 Ja Stimmen (ML, CDU) bei 6 Nein-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen) und 1 Enthaltung (FDP) zur Ablehnung empfohlen.

TOP 7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Selbstverpflichtung aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis, hier: Klimaschutzbeauftragte/r

Vorlage: VO/1356/2007

Der Stadtverordnete Metz begründet den vorliegenden Antrag: das Ergebnis beim Klimaschutzwettbewerb habe aufgezeigt, dass in der Stadt Marburg eine Koordinationsstelle für Energiesparmaßnahmen in der Kommunalverwaltung eingerichtet werden sollte. Die Erfahrungen anderer Kommunen, wie beispielsweise Frankfurt, zeigen, dass sich die Einrichtung dieser Stellen durch die zu erreichende Energieeinsparung rechnen würden.

Bürgermeister Dr. Kahle weist auf die bei der Bauverwaltung eingerichtete Stelle des Energiebeauftragten hin – dieser habe genau die von Stadtverordneten Metz geforderte Funktion. Darüber hinaus seien in der Verwaltung mehrere Personen mit Klimaschutzfragen befasst.

Die Stadtverordnete Sell schlägt vor, den Antragstext wie folgt zu verändern:

1. *Beim Magistrat der Stadt Marburg wird beim Umweltamt ein(e) Klimaschutzbeauftragte(r) benannt.*
2. *Die Stelle ist aus den vorhandenen Stellenkontingenten zu bilden.*
3. *Notwendige Fortbildungsmaßnahmen werden veranlasst.*
4. *Der/Die Klimaschutzbeauftragte arbeitet eng mit den bereits in dieser Richtung tätigen Stellen, wie beispielsweise den Energiebeauftragten/beratern der Stadt, den Stadtwerken sowie mit dem Bauamt zusammen.*

Dieser Änderung stimmt die antragstellende Fraktion nicht zu – deshalb wird über den Antrag in zwei Stufen abgestimmt:

1. Antrag in Originalfassung.
2. Antrag in der von der Stadtverordneten Sell vorgelegten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

1. **Der Originalantrag der Fraktion Marburger Linke wird mit 1 Ja-Stimme bei 8 Nein –Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU) bei einer Enthaltung (CDU) zur Ablehnung empfohlen.**
2. **Der geänderte Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, CDU) bei 1 Enthaltung (ML) zur Annahme empfohlen.**

TOP 8 Verschiedenes

Bürgermeister Dr. Kahle führt aus, dass mit Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 27. April 2007 der Landschaftsplan Mitte in der vom Stadtparlament am 14. Juli 2006 beschlossenen Fassung genehmigt worden sei. Damit existiere nunmehr für über $\frac{3}{4}$ des Stadtgebietes (ca. 95 km²) ein neuer genehmigter Landschaftsplan. Der alte aus dem Jahre 1984 werde ersetzt. Die Planunterlagen seien beim Fachdienst 61/Stadtplanung einsehbar. Einzelheiten seien auch im Internet unter: www.marburg.de/detail/57889 einsehbar.

Marburg, 24.05.2007

Jochen Friedrich
Schriftführer

Anlage:

Pressemitteilung, 10.05.2007 (Nummer 12/2007)

EP-Beschluss vom 10. Mai 2007:

VDV fordert kundenbezogene und bürokratiearme Umsetzung in Deutschland

Knapp sieben Jahre nach Vorlage eines ersten Vorschlags der EU-Kommission für eine Überarbeitung einer aus dem Jahre 1969 stammenden Verordnung für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) hat das Plenum des Europäischen Parlaments am Donnerstag mehrheitlich einem Kompromisspaket mit insgesamt 16 Änderungen gegenüber einer im Dezember 2006 vom Ministerrat beschlossenen Fassung der Verordnung zugestimmt.

Damit scheint die Verordnung die entscheidende letzte Hürde genommen zu haben. „Zwar müssen die vom Parlament beschlossenen Änderungen noch von der Kommission und vom Ministerrat bestätigt werden. Das ist aber sehr wahrscheinlich, denn das nun beschlossene Kompromisspaket ist das Ergebnis eines intensiven Ringens unter der deutschen Präsidentschaft zwischen Rat, Kommission und Parlament in den letzten Wochen, zum Teil noch in den letzten Stunden vor der Entscheidung“, kommentiert Dipl.-Kfm. Günter Elste, Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), das Abstimmungsergebnis. Alle drei Gremien wollten letztlich das Ende der Debatten über dieses schwierige Verordnungswerk und suchten den Kompromiss.

Der Kompromiss anerkennt die heute anzutreffende Vielfalt der Organisation und Finanzierung des ÖPNV in Europa. Die Gebietskörperschaften dürfen danach weiterhin selbst entscheiden, ob sie den ÖPNV selbst erbringen oder durch eigene oder private Unternehmen durchführen lassen. Wenn dabei förmlich ausgeschrieben wird, bleibt es im Wesentlichen bei dem heutigen vergaberechtlichen Status quo.

Für solche Gestaltungen, für die das förmliche Vergaberecht nicht gilt, bringt der Kompromiss neue Spielregeln. Das bedeutet, dass ausgeschriebene Verkehre denselben Regeln folgen wie bisher, für nicht ausgeschriebene selbst oder mit eigenen Unternehmen erbrachte Verkehre muss nach Inkrafttreten der Verordnung (24 Monate nach Veröffentlichung im Amtsblatt) der neue Rechtsrahmen beachtet werden. Er enthält eine Reihe förmlicher Voraussetzungen, u. a. Berichtspflichten an die Öffentlichkeit und an Brüssel, und formuliert Anforderungen an die Mitgliedstaaten zur Gewährleistung von Rechtsschutz. Darüber hinaus werden einheitliche Regeln für die Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Kassen gesetzt. Auf Wunsch der Parlamentsmehrheit wird die Freiheit der Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen, Nachunternehmer einzusetzen, stark beschränkt.

„Wir haben zwar eine Reihe neuer unbestimmter Rechtsbegriffe, zusätzliche Bürokratieanforderungen und auch unsinnige Vorschriften. Der von Europa abgesteckte Rahmen kann aber genutzt werden, den ÖPNV in Deutschland vernünftig zu gestalten“, meint VDV-Präsident Elste. „Es gilt jetzt, vor Ort das Beste aus dem Kompromiss zu machen“, fordert der VDV-Präsident. Vor allem die notwendigen Anpassungen des nationalen Rechtsrahmens müssten so bürokratiearm wie möglich erfolgen. „Nicht Bürokratie und juristische Kümmelkorn-Spalterei, sondern die konsequente Weiterentwicklung des ÖPNV vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels unter dem Gesichtspunkt des größtmöglichen Kundennutzens und hoher Effizienz muss dabei im Vordergrund stehen“, betont der VDV-Präsident.

Quelle:

http://www.vdv.de/medienservice/pressemitteilungen_entry.html?nd_ref=4029